

& betrieb gewerkschaft

Zeitung der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE September 2021



Es geht um alles!

FOTOS: STEFAN SCHRANZ, FREEPHOTOS, GRUNZIBÄKER, TORSTEN SIMON, IMARESZ, MILITARY-MATERIAL, HASSAN T., KARLHEINZ PAPE / PIXABY

Dass der deutsche Wahlkampf bis jetzt so wenig inspirierend ist, hat auch damit zu tun, dass es in der Sache um relativ wenig geht.“ Dieser Satz stammt aus der Neuen Züricher Zeitung. Er ist so bemerkenswert wie falsch. Denn noch nie waren die sozialen, ökologischen, friedenspolitischen und demokratischen Kipppunkte bedrohlicher und ein Kurswechsel darum notwendiger. Wenn eine Pflegekraft 156 Jahre arbeiten muss, um das Jahresgehalt eines DAX-Vorstandes zu bekommen und sich die DAX-Vorstände Milliarden an Dividenden auszahlen, während die Pflegekräfte tagtäglich gegen den Zusammenbruch des Gesundheitssystems ankämpfen, ist im Bereich der Daseinsvorsorge ein gesellschaftlicher Kipppunkt erreicht. Der ÖPNV ist unzuverlässig, die Gesundheitsversorgung unzureichend, Bildung noch immer vom Geldbeutel

abhängig und staatliche Behörden überlastet. Während mit der Pandemie soziale Fragen auf eine Beantwortung drängen, dreht die Bundesregierung Däumchen und lässt alles wie es ist. Gleichzeitig zeigen brennende Wälder und Starkregenfälle: Die Gefahr des Klimakollapses ist real. Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel zu spüren bekommt und die letzte, die etwas dagegen tun kann. Jede Tonne CO₂ verhindert das Erreichen des 1,5-Gradziels. Doch allein VW emittiert so viel CO₂ wie Australien. Es braucht dringend eine Mobilitätswende – weg vom Individualverkehr, hin zu einem attraktiven ÖPNV und einer Politik der kurzen Wege. Der Umstieg aufs E-Auto wird den Klimakollaps nicht aufhalten. Hinzu kommt: Die Bilder von Menschen, die sich in Afghanistan in ihrer Verzweiflung an Flugzeuge hängen,

zeigen, der Krieg gegen den Terror ist gescheitert. Er hat unzählige Opfer gefordert. Zwei Jahrzehnte war die NATO in Afghanistan und nichts hat sich geändert. Im Gegenteil: Die NATO zieht eine Spur der Verwüstung hinter sich her. Die Antworten der Bundesregierung sind erbärmlich: Bundesaußenminister Maas wälzt sein eigenes Versagen auf den Irrtum der internationalen Gemeinschaft ab und dem Kanzlerkandidaten Laschet fällt nichts Besseres ein, als die Bilder von 2015 vermeiden zu wollen. Und auch die demokratische Stabilität hat einen Kipppunkt: Die Pandemie hat Grundrechte ausgehebelt und Diskurse verschoben. Die Debatte über die Impfpflicht und die Koppelung von gesellschaftlicher Teilhabe an einen Impfstatus ist die schleichende Überführung der Grundrechteinschränkung in einen langfristigen Zustand. Ein solcher Diskurs wäre vor Beginn

der Pandemie undenkbar gewesen. Die Debatte über die Unterfinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder das bundesweite Kliniksterben hingegen bleibt aus. All das zeigt: Die Gesellschaft verändert sich auf verschiedenen Ebenen, und die Pandemie hat diesen Prozess beschleunigt. So zu tun, als ginge es um nichts, ist im Interesse derjenigen, die an diesen Entwicklungen nichts ändern wollen. Am 26. September stimmen wir alle darüber ab, ob die sozialen und ökologischen Kosten ungezügelter Profitmaximierung auch künftig auf die Gesellschaft abgewälzt werden dürfen. Im Kampf um eine andere Gesellschaft kann auf eine Partei wie DIE LINKE, die Unternehmensspenden ablehnt und die Perspektive der abhängigen Beschäftigten stärken möchte, nicht verzichtet werden. Deshalb am 26. September DIE LINKE wählen!
Ulrike Eifler



■ Zur Sache:

Moral ersetzt Inhalt

Von Jan Richter

Zukunft, Mut, Respekt, Anerkennung – so steht es auf den Plakaten in diesem Wahlkampf. Fühlt sich auch gut und richtig an, dieser Respekt und diese Anerkennung. Sowohl wenn sie einem selbst widerfahren, aber auch, wenn man sie anderen zollt. Aber das Beste daran ist: Es kostet und ändert nichts. Das sind Floskeln, die davon ablenken, welche groteske Ausmaße die soziale und ökonomische Ungleichheit in unserem Land mittlerweile erreicht hat. Neben den Fragen wie die Ausgaben der letzten Jahre refinanziert werden und was die Leute am Monatsende im Portemonnaie haben, brauchen wir auch eine Debatte darüber, welche Kraftanstrengungen unternommen werden müssen, damit in Zeiten des Klimawandels Beschäftigung gesichert und durch die Transformation neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn Handlungsfragen den Wahlkampf dominieren, dann läuft es gut für die Super-Reichen. Respekt und der Anerkennung taugen nicht als politisches Programm.

Erschwerend kommt hinzu, dass das aus Social Media bekannte Phänomen der Shitstorms und Empörungswellen auch von Presse, Funk und Fernsehen übernommen zu werden scheint. Auch hier geht es hauptsächlich um Fragen der Haltung oder der Moral. Wird eine verhaltensbedingte Fehlfunktion ausgemacht, wird die Person direkt niedergebüllt oder geächtet. Und so wird dreimal die Woche ein Aufreger gejaxzt, der das Blut schön in Wallung bringt. Meist geht es darum, wer sich wo wie verhält, wie die Person reagiert hat und im

schlimmsten Fall, was sie dabei trägt. Ist das nicht konform, beginnt die Empörungswelle. Wer sich empört, fühlt sich lebendig und beteiligt sich. Je nach Tageslage und persönlichem Fehltritt wird durchbeleidigt, so als ob über diese Art der Auseinandersetzung gesellschaftlicher Konsens bestünde. Wem diese Art des Diskurses nützt, kann man an einer Hand abzählen. Bei Aldi, Lidl oder BMW reibt man sich die Hände und lehnt sich entspannt zurück. Moral ersetzt Inhalt – aber mit Gefühl, bitte sehr.

Bei dieser Bundestagswahl geht es um alles. Entscheidungen, die getroffen werden müssen, werden Auswirkungen haben, die die Länge der nächsten Legislaturperiode weit überschreiten. Wenn es um alles geht, dann müssen sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ändern. Das aber schafft niemand allein, auch wir nicht. Dafür brauchen wir Bündnispartner – in den Parlamenten und in der Gesellschaft. Für die Veränderung von Kräfteverhältnissen ist das Bündnis mit den Gewerkschaften für uns überlebenswichtig. Uns stehen die größten Verteilungskämpfe der Bundesrepublik bevor. Sozialer Fortschritt wird erkämpft und die Gewerkschaften haben dabei eine zentrale Rolle. Denn erst durch ein gemeinsames Bündnis mit den Gewerkschaften entsteht für linke Politik die notwendige Durchsetzungsperspektive, die für unsere Arbeit existenziell ist – in der Gesellschaft, auf der Straße und in den Parlamenten.

Jan Richter ist Bundessprecher der BAG Betrieb & Gewerkschaft und Mitglied im erweiterten Vorstand der Partei DIE LINKE



FOTO: NIKLAS PNTK/PIXABAY

Maximilian Becker

Klima schützen – aber sozial gerecht

Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unseres Jahrhunderts. Die Folgen der Erderhitzung kommen immer stärker auch hierzulande an: Dürren, Überschwemmungen, Hitzesommer. Dies sind jedoch nur die Vorläufer dessen, was uns erwarten wird, wenn es uns nicht gelingt, die Erwärmung auf unter 1,5 Grad – verglichen mit der vorindustriellen Zeit – zu begrenzen. Dementsprechend gibt es einen immer breiteren Diskurs über die Ausgestaltung der erforderlichen Klimapolitik, der auch den aktuellen Bundestagswahlkampf bestimmt.

DIE LINKE ist dabei die einzige Partei, die die Klimakrise in ihrer Ernsthaftigkeit begreift und gleichzeitig eine Abkehr vom kapitalistischen Weiter-so anstrebt. Unser Ziel ist der klimaneutrale Umbau der Gesellschaft bis 2035 – kombiniert mit einem radikalen Umverteilungsprogramm. Anstatt wie andere Parteien unter dem Deckmantel des Klimaschutzes Arbeitnehmer*innenrechte zu schleifen oder Arbeitsplatzabbau in der Industrie schulterzuckend hinzunehmen, geht es für DIE LINKE darum, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken. Aus diesem Grund sprechen wir in der LINKEN von Klimagerechtigkeit.

Ein zentraler Baustein unseres Programms für Klimagerechtigkeit ist der klimaneutrale Umbau der Industrie bis 2035. Dies wollen wir durch einen Industriefonds mit 20 Milliarden Euro jährlich fördern, bei dem die Vergabe staatlicher Mittel an Klimaschutzziele und soziale Vorgaben geknüpft ist. Einhergehen muss dies mit einer völlig anderen Kultur in den Betrieben. Wir wollen, dass die Rechte der Arbeiter*innen gestärkt werden und sie einen größeren Einfluss auf Unternehmensentscheidungen bekommen.

Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung ergab erst kürzlich, dass es die Arbeiter*innen sind, deren Einstellungen oft ökologischer sind als die der Chefetagen und die zahlreiche Ideen für eine nachhaltigere Produktion haben. Wir wollen dieses Potenzial heben und den Aufbau einer klimagerechten Industrie von unten unterstützen.

Neben der Automobilindustrie ist der Braunkohle einer der Wirtschaftszweige, die bereits in den kommenden Jahren von den stärksten Umbrüchen betroffen sein werden. Für uns ist klar: wollen wir die Pariser Klimaziele erreichen, ist ein Kohleausstieg bis spätestens 2030 unumgänglich. Anstatt ihn wie die Bundesregierung jedoch mit für die Region unwirksamen Leuchtturmprojekten anzugehen, wollen wir LINKE den Braunkohleausstieg mit wirksamen Maßnahmen für die Beschäftigten sowie einem klimaneutralen Reindustrialisierungsprogramm verknüpfen. Wir wollen eine staatliche Beschäftigungsgarantie für die Kohlekumpel – so lange bis sie gleichwertige Arbeitsverhältnisse gefunden haben. Und wir wollen, dass die Braunkohleregionen Modellregionen für erneuerbare Energien werden: warum nicht in die Lausitz zur europäischen Pionierregion in Sachen Batteriezellenproduktion machen? Oder das rheinische Revier zur Zukunftsregion für Grünen Wasserstoff? Diese Kombination von zukunftsweisender Industriepolitik, bei gleichzeitiger Stärkung von Arbeiter*innenrechten und mehr Klimaschutz verstehen wir unter Klimagerechtigkeit. Und eben diese brauchen wir für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Maximilian Becker ist Aktivist für Klimagerechtigkeit und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.

„Gemeinsam können wir viel bewegen“

DIE LINKE will das Land gerecht machen. Wie, darüber sprechen wir mit Janine Wissler und Dietmar Bartsch, dem Spitzen-Duo der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahl. Das Gespräch führt Jan Richter, Bundessprecher der BAG Betrieb & Gewerkschaft.

BAG Betrieb & Gewerkschaft: Die Arbeitswelt ändert sich rasant. Unter der Vorgabe, nachhaltiger und digitaler zu produzieren, geraten Branchen und Arbeitsplätze zunehmend unter Druck. Für die Beschäftigten bedeuten diese Prozesse Veränderungen, die mit Ängsten von Arbeitsplatzverlust, Berufswechsel und Entqualifizierung einhergehen. Nimmt DIE LINKE diese Sorgen ernst?

Dietmar Bartsch (DB): Niedriglohn und Dauerstress sind für viele Beschäftigten bereits Alltag. Ohne einen politischen Richtungswechsel, droht die Digitalisierung die soziale Spaltung zu vertiefen. Wir dürfen nicht einfach zusehen, wie Arbeitsplätze wegrationalisiert oder Standorte verlagert werden. Oft werden Digitalisierung oder Klimaschutz schlicht als Ausreden des Managements benutzt. Die Konzerne wollen die Kosten des ökologischen Umbaus auf die Beschäftigten abwälzen. Sorgen sind also mehr als berechtigt. Es reicht nicht, die Folgen von Digitalisierung und Klimawandel nur „abzufedern“. Wir wollen gute Arbeit für alle. Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Sichere Arbeit statt Befristungen und Leiharbeit, kürzere Arbeitszeiten statt Dauerstress. Die industrielle Basis muss erhalten und erneuert werden.

Die Gewerkschaften setzen in der Transformation auf Beschäftigungssicherung. In der letzten Tarifrunde der IG Metall spielte zudem die Vier-Tage-Woche eine Rolle. Arbeitszeitverkürzung als wichtiges Element, um den Strukturwandel abzustützen?

Janine Wissler (JW): Auf jeden Fall. Durch die 30-Stunden-Woche in der Industrie könnten in den nächsten Jahren Hunderttausende Arbeitsplätze gesichert werden. In anderen Branchen machen den Beschäftigten eher Minijobs und prekäre Teilzeit zu schaffen. Die Beschäftigten sind in den letzten Jahrzehnten immer produktiver geworden. Wenn Arbeit und Reichtum gerecht verteilt wären, wären längst Arbeitszeiten um die 30 Stunden für alle normal, mit Lohnausgleich und ausreichend Personal versteht sich. Das ist das Ziel. Aber da sind wir noch nicht. Das ist auch eine Frage der Stärke der Gewerkschaften, der Durchsetzungsmacht. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir wollen Tarifverträge stärken, Überstunden gesetzlich begrenzen, Arbeitszeitverkürzung für Weiterbildung und Kinderbetreuung fördern.



FOTO: MARTIN HEINLEIN/FLICR.COM

Der Staat hat die Lufthansa mit Steuermilliarden gerettet, diese setzt zum Dank nun auf Massenentlassungen und Lohndumping. Andere Konzerne haben in der Pandemie gar Dividenden ausgeschüttet, obwohl ihnen mit öffentlichem Geld geholfen wurde. Was wurde da versäumt?

DB: Kurzarbeit konnte viele Arbeitsplätze in der Pandemie retten. Aber es gab auch Schattenseiten. Allein dadurch, dass Konzerne Kurzarbeitergeld beantragt und gleichzeitig Dividenden ausgeschüttet haben, sind den öffentlichen Kassen 13,7 Mrd. Euro Schaden entstanden. Das hätte durch strengere Auflagen wie in anderen Ländern verhindert werden müssen. Es ist auch skandalös, dass Unternehmen wie Lufthansa, Subventionen abgreifen und dann Arbeitsplätze vernichten. Als LINKE sehen wir den Staat in der Verantwortung: Keine Steuergelder ohne Gegenleistung. Hilfen müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, bei denen die Betriebsräte mitentscheiden. Wir setzen uns für Veto-Rechte der Betriebsräte bei Standortschließungen und Massenentlassungen ein. Wir wollen den Einfluss der Belegschaft stärken, statt Blanko-Schecks fürs Management zu vergeben.

Der Lebensmittel- und Onlinehandel hat die Pandemie nicht nur unbeschadet überstanden, sondern

sich auch eine goldene Nase verdient. Für die Beschäftigten gab es Applaus und warme Worte. Was muss sich hier ändern?

JW: Dem Lebensmitteleinzelhandel geht es gut. Nicht aber der Kassiererin, die häufig mit befristeter Beschäftigung und Niedriglohn abgespeist wird. Warme Worte bezahlen keine Miete. Anerkennung heißt: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Löhne im Handel und sozialen Dienstleistungen müssen deutlich steigen. Die Rente muss den Lebensstandard sichern und endlich auch Frauen und Menschen mit niedrigen Löhnen vor Altersarmut schützen. Ein Mindestlohn von 13 Euro ist das Mindeste, darunter droht Altersarmut. Im Handel ist klar, dass die Tarifbindung gestärkt werden muss. Einige Handelskonzerne betreiben Tariffucht. Wir wollen erleichtern, dass Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das würde sich schnell auf dem Lohnzettel bemerkbar machen. Anstelle von Minijobs und prekärer Teilzeit wollen wir sozial abgesicherte Arbeitsplätze mit vernünftigen Arbeitszeiten und guten Löhnen.

In der Pflege gingen die Beschäftigten auch schon vor der Pandemie auf dem Zahnfleisch. Wie kann man diesen schönen Beruf attraktiver machen?

DB: Um den Pflegenotstand zu überwinden braucht es SOFORT ein klares Signal. Wir fordern als ersten Schritt

500 Euro mehr pro Monat für alle Beschäftigten in der Pflege und gesetzliche Regelungen, die für mehr Personal sorgen. Beides gehört zusammen. Wettbewerbsfähigkeit und Profit haben in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen nichts zu suchen. Die Fallpauschalen führen zu schlechterer Versorgung und Personalmangel. Wir wollen sie ersetzen durch eine Finanzierung, die sich am wirklichen Bedarf orientiert. Auch in ländlichen Regionen, wo derzeit viele Krankenhäuser oder Geburtsstationen geschlossen werden, muss eine gute Versorgung gesichert werden. Mit einem Rekommunalisierungsfonds wollen wir Kliniken und Pflegeheime zurück in die Hände der Kommunen und gemeinnützlichen Träger holen.

Der Staat hat in der Pandemie gigantische Summen mobilisiert, Schätzungen zufolge ca. 1,9 Billionen Euro – so viel wie die Wiedervereinigung oder mehr als fünfmal so viel wie der gesamte Bundeshaushalt. Das wird irgendwer bezahlen müssen. Droht uns nach der Wahl ein Kürzungshammer?

DB: Darüber entscheidet auch das Ergebnis der Bundestagswahl. Die LINKE ist die einzige Partei, die da klare Kante zeigt und auch den Mut hat, sich mit den Reichen anzulegen. Für diese Krise müssen die Milliardäre und Multimillionäre zahlen – nicht die Beschäftigten mit ihren Steuergel-

Der Weg zur Angleichung Ost ist frei

Mehr als 30 Jahre haben Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie für eine Angleichung der Arbeitsbedingungen des Ostens an den Westen gekämpft. Nun haben sich IG Metall und Arbeitgeber auf eine tarifliche Vereinbarung geeinigt, die eine stufenweise Angleichung auf betrieblicher Ebene ermöglicht. Denn im Osten arbeiten die Beschäftigten immer noch 38 Stunden pro Woche, statt der im Westen tariflich geregelten 35 Stunden.

Tariflicher Rahmen zur Angleichung ist geschaffen

Im Mai hatte der Bezirk Berlin, Brandenburg und Sachsen den Pilotabschluss der Metall- und Elektroindustrie aus Nordrhein-Westfalen übernommen. Nur ein Verhandlungspunkt blieb offen: Die Angleichung von Ost und West. Während der Tarifrunde haben 127 000 Beschäftigte in Berlin, Brandenburg und Sachsen mit Warnstreiks dafür gekämpft, dass die Arbeitgeber endlich einlenken. Mit Erfolg: „Es hat sich gezeigt, dass unser Druck in der Tarifrunde erheblich gewirkt hat. Die Arbeitgeber haben verstanden, dass sie den Weg freimachen müssen für die Arbeitszeitangleichung Ost“, sagt Birgit Dietze, Bezirksleiterin und Verhandlungsführerin der IG Metall in Berlin, Brandenburg und Sachsen. „Wir haben jetzt nach einer langen und harten Auseinandersetzung einen tariflichen Rahmen geschaffen, so dass Betriebe mit freiwilligen Betriebsvereinbarungen Stufenpläne zur 35-Stundenwoche verhandeln können.“

Viele Betriebsvereinbarungen zur Angleichung werden folgen

Wie erfolgreich die Angleichung auf betrieblicher Ebene umgesetzt werden kann, zeigen einige Betriebe, die bereits seit Mai einen Stufenplan zur 35-Stunden-Woche eingeführt haben. Volkswagen Sachsen, SAS in Meerane und ZF in Brandenburg an der Havel haben den Anfang gemacht. Damit fallen 38 Prozent der Beschäftigten im Bezirk in der Metall- und Elektroindustrie unter den Stufenplan. „Es werden jetzt Betriebsvereinbarungen in vielen weiteren Betrieben folgen. Einige stehen bereits in den Startlöchern, um zu verhandeln“, sagt Birgit Dietze. Mit dem Tarifvertrag und der Öffnungsklausel wurde nun in einem ersten Schritt ein Rahmen geschaffen, auf den aufbauend mehr konkrete Regelungen in den Betrieben folgen können. Die Tarifvereinbarung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft und kann mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende, erstmals am 31. Januar 2024 gekündigt werden.

Quelle (gekürzt): <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/weg-zur-arbeitszeit-angleichung-ost-ist-frei>

RATSCHLAG GEWERKSCHAFTLICHER AUFBRUCH OST 18./19.9.2021 – Halle (Saale)

„Wir hatten damals das Gefühl, dass da ein Funke überspringt, dass bei Riesa etwas passiert, worum es uns die ganze Zeit geht: Leute stehen gemeinsam auf und kämpfen dafür, dass die Zustände gerechter werden.“

Hanna Pleßow (Aufbruch Ost) im Interview mit der Zeitschrift Luxemburg Mai 2021.

Geringe Tarifbindung, fehlende öffentliche Investitionen, hohe regionale Ungleichheit: Die Herausforderungen im Osten für gewerkschaftliche Arbeit sind enorm. Gleichzeitig sind die bleiernen Jahre vorbei, die Erfolge gewerkschaftlich Organisierten in der Ernährungswirtschaft, im Gesundheitsbereich, in der Metall- und Elektroindustrie und anderswo zeigen einen Aufbruch Ost, der hoffen lässt.

Unser Ratschlag „Gewerkschaftlicher Aufbruch Ost“ steht am Samstag ganz im Zeichen der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die Angleichung Ost, um die vielen Kämpfe im Niedriglohnsektor, um die Bemühungen um Rekommunalisierung oder die Erschließung neuer Betriebe im Osten. Nach einer Abendveranstaltung zum Thema Zukunftswirtschaft Ost und Gute Arbeit mit Janine Wissler und Sandro Witt am Samstag möchten wir uns Sonntag Vormittag näher mit der Perspektive und der Rolle unserer Partei Die Linke bei der Unterstützung zentraler gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen beschäftigen – auf der parlamentarischen Ebene in Land und Bund wie auf der praktischen Ebene vor Ort.

Der Ratschlag richtet sich an gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte verschiedener Betriebe und Regionen im Osten, an aktive Linke in Kreisverbänden, Partei und Parlamenten, die gewerkschaftliche Kämpfe effektiv unterstützen wollen, sowie an Bündnispartner*innen aus Bewegungen.

Peißnitzhaus e.V., Peißnitzinsel 4, 06108 Halle (Saale)

Samstag, 18.9.2021 ab 12 Uhr bis Sonntag, 19.9.2021, 13 Uhr

ANMELDUNG

Bitte meldet Euch bis zum 10.09.2021, 12 Uhr an unter ag.bg@die-linke.de. Weitergehende Informationen zum Ratschlag findet ihr auf www.betriebundgewerkschaft.de.

KOSTEN, ÜBERNACHTUNG UND ANREISE

Der Ratschlag ist kostenfrei. Solltet ihr ein Zimmer von Samstag auf Sonntag oder Fahrtkostenübernahme benötigen, schreibt das bitte bei Eurer Anmeldung dazu, wir kontaktieren Euch dann dazu mit den Einzelheiten.

PROGRAMM SAMSTAG

- | | |
|-------|--|
| 13:00 | Begrüßung und Auftakt mit einem Input von Birgit Dietze, Bezirksleiterin IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen zum Thema „Kämpfe um Angleichung und Gerechtigkeit in der Metall & Elektroindustrie“ |
| 15:00 | Kaffeepause |
| 15:45 | Arbeitsgruppenphase <ul style="list-style-type: none"> ■ Kämpfe um Angleichung Ost mit Aktiven aus Metall- und Elektroindustrie und der Ernährungswirtschaft Ost ■ Gegenwehr im prekären und Niedriglohnbereich im Osten mit Aktiven aus dem Handel (ver.di), der NGG Ost und der Textilwirtschaft (angefragt) ■ Aufstand der Töchter: Auslagerungen offensiv und politisch begegnen und Rekommunalisierung vorantreiben mit Aktiven aus Servicebetrieben der Krankenhäuser, dem Busgewerbe Ost (angefragt) und der Abfallwirtschaft (angefragt) ■ Erschließung im Osten |
| 17:45 | Abendessen |
| 19:30 | Abendveranstaltung <ul style="list-style-type: none"> ■ Zukunftswirtschaft Ost und Gute Arbeit – Aufbruch Ost von LINKS mit Janine Wissler, Spitzenkandidatin und Parteivorsitzende DIE LINKE und Sandro Witt, Direktkandidat in Südhüringen und Gewerkschafter |

PROGRAMM SONNTAG

- | | |
|-------|--|
| 10:00 | Erfahrungsaustausch und moderierte Diskussion: <ul style="list-style-type: none"> ■ Wie kann DIE LINKE Tarifaueinandersetzungen und gewerkschaftliche Kämpfe unterstützen, um zentrale Arbeits- und Lebensbedingungen im Osten nachhaltig zu verbessern? ■ Welche Ansätze der Zusammenarbeit und aktiver Solidarität zwischen DIE LINKE und Gewerkschaften im Osten haben sich bewährt und welche sollten ausgebaut werden? ■ Welche zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wollen wir gemeinsam mit Gewerkschaften vorantreiben? ■ Wie gestalten wir den gesetzlichen Rahmen für erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit? |
|-------|--|

Die Ergebnisse des Austauschs dienen der Vorbereitung der Fortsetzung des Ratschlags zum Thema Zusammenarbeit Die Linke und Gewerkschaften im Osten nach der Bundestagswahl.

„Ich wünsche mir, dass unsere Erfolge Beschäftigte anderer Betriebe ermutigen“

Interview mit Olaf Klenke, Landesbezirkssekretär NGG-Ost, LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin

BAG: Die NGG-Ost ist in aller Munde: Gute Abschlüsse im Osten, viele neue gewerkschaftlich organisierte in Euren Betrieben. Woher kommt der frische Wind und was habt ihr bisher erreicht?

Olaf Klenke: Im Kampf um Lohnangleichung hatten wir verschiedene Phasen. Ende der 90er, Anfang der 2000er Jahre sind verschiedene Tarifgebiete an die westdeutschen Gehälter angeglichen worden, z.B. die Brotindustrie und Süßwarenindustrie. Wir haben eine Reihe von Betrieben und Tarifgebieten, wo das damals nicht gelungen ist. Es gab die große Arbeitslosigkeit, es gab die Agenda 2010, es gab Hartz IV, was die Bedingungen schwieriger gemacht hat. Seit ein paar Jahren hat sich der Wind gedreht, in den Betrieben kam eine neue Generation, die die Unterschiede nicht mehr hinnehmen will. Die NGG-Ost war dann bereit, in allen Betrieben, wo Aktive das angehen wollten, solche Kämpfe auch mit längeren Streiks zu organisieren. Einen Großteil der Auseinandersetzungen haben wir erfolgreich zu Ende gebracht.

Begonnen hat das mit der Milchindustrie Ost 2016 mit mehreren Streiks seit der Wende, hier konnten wir einen Angleichungstarifvertrag mit Lohnerhöhungen von 20% über drei Jahre erreichen, die die Lücke zum Westen fast geschlossen hat. Es folgte eine Reihe von Haustarifverträgen in der Ernährungswirtschaft, die die Lohnlücke schrittweise schließen. Bekannteste Beispiele sind Bautzener Senf oder Rotkäppchen, wo wir Lohnunterschiede bis 700 Euro monatlich hatten. Wir sind viel in Sachsen und Sachsen-Anhalt unterwegs gewesen und haben Tarifabschlüsse bei Frosta Lommatzsch, das Unilever/Knorr-Werk Auerbach, das Vandemoortele Margarinewerk Dresden, die MEG(a) Gruppe, ein LIDL Getränkehersteller oder Homann Feinkost in Rogätz. Teilweise mussten wir über eine Woche streiken, um diese Tariferfolge durchzusetzen. Letzte Woche konnten wir bei dem Schweizer Unternehmen ARYZTA, dem europaweit größten Tiefkühlbackkonzern, an den Standorten Nordhausen und Eisleben mit enormer Beteiligung an Streiks einen Tarifabschluss mit bis zu 20% Lohnsteigerungen in den unteren Lohngruppen durchgesetzt. Bald wird es keinen Lohn mehr unter 13 Euro geben, bisher lagen die Löhne hier bei 10,81 Euro brutto.

Wir haben Eure Aktionen bei Haribo mitverfolgt und waren erstaunt über die breite politische und ge-



Streik ARYZTA Eisleben



Kampf gegen Werkschließung in Zwickau



Streik bei Ur-Krostitzer

sellschaftliche Unterstützung. Der Protest lief über Wochen. Wie ordnet ihr die letztlich verlorene Auseinandersetzung ein?

Die Unternehmensleitung von Haribo hat die Beschäftigten letzten Herbst auf einer Belegschaftsversammlung über die Schließungsabsicht in einem kurzen Statement informiert. Das Werk war mit 150 Beschäftigten der einzige Standort von Haribo im Osten der Republik. Hier wurde bereits zu

DDR-Zeiten für Haribo produziert. Auch wenn es nicht gelungen ist, die Schließung zu verhindern, sind die Leute nicht kampflös nach Hause gegangen. Haribo hat sich das sicher reibungsloser vorgestellt, ein Geschäftsführer musste hier auch zwischen durch seinen Posten nehmen. Die Beschäftigten haben Gewerkschaft neu erfahren, wir hatten einen unheimlichen Rückhalt aus der Region aus Fußballvereinen, aus lokalen Initiati-

ven, aus der Politik. Eine andere Lösung über Katjes ist dann leider auf den letzten Metern gescheitert. Klar kann man das auch verlieren, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren. Es war letztlich eine wichtige Erfahrung der Solidarität.

Leider ist es immer noch so, dass die Nachwunderfahrungen wie Mehltau auf den einzelnen Betrieben liegt, da die ältere Generation vor dem Hintergrund großer Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und auch verlorener Kämpfe Gewerkschaften nicht als Akteur erlebt haben, die offensiv in Auseinandersetzungen gehen und zentrale Veränderungen erwirken können. Was wir jetzt erleben – über Haribo hinaus – ist eine Neubegründung der Gewerkschaftsbewegung nach dem Faschismus, dem Verbot freier Gewerkschaften in der DDR und dem Kahlschlag nach der Wende. Das wird nicht von heute auf morgen passieren und es ist derzeit auch keine Massenbewegung, aber auch die Kämpfe in der IG Metall, der Bauindustrie und auch bei ver.di im Gesundheitsbereich in Brandenburg und Berlin lassen hoffen. Ich wünsche mir, dass die Erfolge die wir erzielen, weiter ausstrahlen und Beschäftigte anderer Betriebe ermutigen. In den nächsten Jahren wird sich herausstellen, ob wir die Aufbruchstimmung auch in die Breite ziehen können und die Gewerkschaften übergreifend weiter Kämpfe gewinnen und die Erfolge verstetigen.

Welche Rolle spielt für Dich dabei die gesellschaftliche Linke und auch DIE LINKE selbst?

Innerhalb der Partei DIE LINKE muss es ein größeres Selbstverständnis geben, innerhalb der Regionen und Kreisverbände Kontakt zu Betrieben und Gewerkschaften zu haben. Es muss selbstverständlich sein, dass DIE LINKE vor Ort bei Auseinandersetzungen auf Betriebe und Belegschaften zugeht und Möglichkeiten der Unterstützung sucht. Das klappt teilweise ganz gut, so war Katja Kipping damals bei Bautzener Senf und vielen anderen Betrieben präsent. Ich persönlich finde, dass unser größter Pluspunkt ist, dass wir normale Parteimitglieder vor Ort haben, die natürlich die Beschäftigten aus dem Sportverein kennen oder selbst da beschäftigt sind. Das müssen wir ausbauen, DIE LINKE muss natürlicher Bündnispartner werden. Dafür müssen wir die gewerkschaftliche Verankerung vor Ort stärken und auch Beschäftigte langfristig in DIE LINKE organisieren. Eine Arbeitsaufgabe für die AG Betrieb Gewerkschaft könnte sein, hier eine Scharnierfunktion zu übernehmen und Kontakte herzustellen, wie auch Hilfestellung zu leisten.

FOTO: TINO PLUNERT

Gewerkschafter*innen für eine starke LINKE im Bundestag!

Zukunft ist, was wir draus machen: Kurswechsel jetzt!

Beschäftigte, ihre Gewerkschaften und Betriebs- bzw. Personalräte zu stärken, ist dringender denn je. Nicht erst die Coronakrise macht deutlich, wie wenig Anerkennung und politischen Einfluss breite Schichten in der Gesellschaft besitzen. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus seit den 80er Jahren begannen große Teile der Politik und Unternehmen systematisch einen Angriff auf Sozialstaat und Beschäftigtenrechte. Das Ergebnis: Mehr rechtlose Beschäftigte, massenhafte Arbeits- und Altersarmut, mehr betriebsrats- und tariffreie Zonen und einer der größten Niedriglohnssektoren in Europa.

DIE LINKE bietet eine politische Heimat für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die ihr politisches Mandat wahrnehmen, um gemeinsam für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu streiten:

- Unbefristete Arbeitsverträge und Arbeitszeiten, die zum Leben passen, müssen genau so wie Tarifverträge endlich (wieder) zur Norm werden!
- Für die anstehenden Umbrüche von Digitalisierung bis Klimawandel brauchen die Beschäftigten erzwingbare Mitbestimmungsrechte. Demokratie darf nicht länger vorm Werkstor enden.

- Ein sozial-ökologischer Umbau muss einhergehen mit einer Beschäftigungs- und Weiterbildungsgarantie. Zusammen mit kurzer Vollzeit von 30 Stunden/Woche bei vollem Entgelt kann der ökologische und technische Wandel zu guter Arbeit führen.

- Der Mindestlohn muss schnell auf 13 Euro steigen.

- Beschäftigte brauchen einen starken Sozialstaat: Durch eine lebensstandardwahrende Versicherung gegen Erwerbslosigkeit und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 Euro.

Auch das Leben außerhalb der Arbeit muss besser werden:

- Gute Bildung und bezahlbares Wohnen für alle: Gebührenfrei und gedeckelt.

- Gute medizinische Versorgung und Pflege für alle: Keine Profite mit der Gesundheit.

- Lebenswerte Städte und Gemeinden für alle: Rekommunalisierung.

- Gutes Leben im Alter für alle: abschlagsfrei früher in Rente, Rentenniveau deutlich anheben.

- Reichtum umverteilen: hohe Vermögen besteuern & einmalige Vermögensabgabe.

Es braucht eine starke LINKE, die für eine kämpferische Erneuerung der Gewerkschaften streitet, um Beschäftigten zu ihren Rechten zu verhelfen, Betriebsräte zu stärken, den Sozialstaat wieder neu zu begründen und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Beschäftigten zu verschieben.

Wir wählen DIE LINKE, weil sie als einzige Kraft Zukunftsfragen wie Klimawandel und Digitalisierung mit der sozialen Frage verbindet und dafür streitet, dass der wirtschaftliche Wandel nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfindet, sondern die Unternehmen und Reichen in die Pflicht nimmt.

Wir wählen DIE LINKE, weil sie den gewerkschaftlichen Kampf verbindet mit einem Kampf gegen Diskriminierung, um gegen eine Spaltung der Gesellschaft und der Lohnabhängigen vorzugehen und für eine lebenswerte und menschenwürdige Zukunft für alle zu sorgen.

Deshalb unterzeichnen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den Wahlauf Ruf für DIE LINKE zur Bundestagswahl am 26. September 2021.

www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de/aufruf/

DIE LINKE schickt Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Bundestag

In vielen Wahlkreisen kandidieren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für DIE LINKE. Wir stellen einige von ihnen vor.



Mizgin Ciftci

Direktkandidat im Wahlkreis Osterholz/Verden und auf Listenplatz vier der Landesliste in Niedersachsen. Mizgin ist ausgebildeter Gesamtschullehrer, 29 Jahre alt und arbeitet als Gewerkschaftssekretär für ver.di.



Pascal Meiser

Direktkandidat in Berlin Kreuzberg und auf Listenplatz zwei der Landesliste Berlin. Der 46-Jährige ist Politikwissenschaftler und Mitglied der IG Metall. Pascal ist seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestags.



Ulrike Eifler

Direktkandidatin im Wahlkreis Recklinghausen II und auf Listenplatz sieben der Landesliste in NRW. Die 46-Jährige hat Politologie und Sinologie studiert und zehn Jahre hauptamtlich beim DGB gearbeitet, zuletzt als Geschäftsführerin der DGB-Region Südosthessen.



Bernd Rixinger

Direktkandidat in Stuttgart und Spitzenkandidat in Baden-Württemberg. Der 66-jährige gelernte Bankkaufmann war Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart. Bernd sitzt seit 2017 im Bundestag.



Klaus Ernst

Direktkandidat im Wahlkreis Schweinfurt/Kitzingen und auf Listenplatz zwei der bayerischen Landesliste. Der 66-Jährige ist gelernter Elektromechaniker und war von 1995 bis 2010 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt. Er sitzt seit 2005 im Bundestag.



Alexander Ulrich

Direktkandidat in Kaiserslautern und Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz. Alexander ist 50 Jahre alt und gelernter Werkzeugmacher. Er ist 2. Bevollmächtigter der IG Metall in Kaiserslautern und gehört dem Deutschen Bundestag seit 2005 an.



Susanne Fersch

Direktkandidatin im Ostallgäu und auf Listenplatz drei der bayrischen Landesliste. Susanne ist 48 Jahre alt und gelernte Chemielaborantin. Sie war fast zwanzig Jahre Betriebsratsvorsitzende im Nestléwerk Biessenhofen und sitzt seit 2017 im Bundestag.



Sabine Zimmermann

Direktkandidatin in Zwickau. Die 61-jährige Baustofftechnologin hat viele Jahre als Gewerkschaftssekretärin beim DGB gearbeitet und sitzt seit 2005 im Bundestag. Dort hat sie sich als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion einen Namen gemacht.

Hoch mit den Löhnen, runter mit der Miete

Seit Jahren steigen in Deutschland die Mieten rasant an, während es bei den Einkommen nur langsam vorangeht. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: die Hälfte der Mieter*innenhaushalte in Großstädten müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Dadurch droht die Miete zur Armutsfalle zu werden. Der Mietenwahnsinn erfasst inzwischen auch immer mehr kleine Städte abseits boomender Regionen.

Diese Misere hat zwei zentrale Ursachen, die wir der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte verdanken – privatisieren und deregulieren sind die Stichworte. Einerseits ist dadurch deutsches Betongold zur sicheren Anlage für Kapital geworden. Spätestens seit der Finanzkrise treiben Wohnungskonzerne und Investmentfonds gezielt die Mietpreise nach oben, um ihren Anlegern fette Renditen zu sichern. Andererseits setzen viele Unternehmen auf Lohndumping. Tarifflucht, Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge – die Liste der Zumutungen ist lang. Als Folge verdienen immer mehr Menschen einfach zu wenig, um sich das Wohnen noch leisten



zu können. In vielen Ballungsräumen sind Beschäftigte dazu gezwungen mit ihren Familien weit rauszuziehen, was lange Pendelzeit und wenig Freizeit bedeutet.

Doch es regt sich Widerstand. In vielen Städten tun sich Nachbar*innen zusammen und wehren sich gemeinsam gegen steigende Mieten und Verdrängung. Eine Hochburg dieser Bewegung ist Berlin. Es ist deshalb kein Zufall, dass gerade hier die rot-rot-grüne Landesregierung den Mietendeckel beschlossen hatte. Der Rücken-

wind der Bewegung hatte diese beispielhafte Regulierung des privaten Wohnungsmarktes ermöglicht, die vor überhöhten Mieten und Verdrängung geschützt hätte. Nach dem Kippen des Mietendeckels durch das Bundesverfassungsgericht hat sich das bundesweite Bündnis „Mietenstopp“ gegründet (<https://mietenstopp.de>), mit der Hauptforderung, die Mieten bundesweit für sechs Jahre auf dem heutigen Stand einzufrieren. Dieses Bündnis wird von Mieter*innenorganisationen und dem Deutschen Gewerkschafts-

bund gemeinsam getragen. Hier kommt also zusammen, was zusammen gehört.

Doch auch darüber hinaus sollten sich Aktive aus Gewerkschafts- und Mietenbewegung stärker austauschen und voneinander lernen. Für Gewerkschafter*innen lohnt sich der Blick auf Mietenkämpfe, die oft sehr spontan entstehen, etwa wenn eine Mieterhöhung droht oder das eigene Haus verkauft wird. Diese Proteste sind lautstark, kreativ und durchsetzungsstark. Doch eine längerfristige Organisation folgt selten daraus. Hier kann sich die Mietenbewegung noch einiges bei den Gewerkschafter*innen abschauen. Denn deren Strukturen stehen auch dann, wenn gerade nicht „die Hütte brennt“. Die große bundesweite Mietendemo am Samstag, 11. September 2021 in Berlin (<http://mietendemo.org>) ist die nächste Gelegenheit für Gewerkschafter*innen und Mietenbewegte gemeinsam auf die Straße zu gehen. Hier heißt es zusammen: „Hoch mit den Löhnen, runter mit der Miete“.

Hannes Strobel, ist seit vielen Jahren in der stadtpolitischen Bewegung aktiv, derzeit bei der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin.

„Steckt genauso viel Energie, wie ihr in die Abwehr von Streiks steckt, in die Tarifverhandlungen!“



Interview mit Silvia Habekost, Krankenschwesterin Vivantes Klinikum Friedrichshain, Mitglied der ver.di Tarifkommission, ver.di aktiv.

BAG Betrieb & Gewerkschaft: Ihr habt Euch als Berliner Krankenhausbewegung aufgemacht, sowohl die Entlastung (Personalbemessung) wie auch die Rückholung der Vivantes-Töchter in den TVÖD zu verhandeln. Wie ist der Stand?

Silvia Habekost: Die Tarifverhandlungen für die Töchter stecken fest, weil Vivantes absurderweise eine Schlichtung verlangt, ohne jemals ein Ange-

bot vorgelegt zu haben. Beim Tarifvertrag Entlastung wollen wir einen identischen Tarifvertrag für Charité und Vivantes, die Verhandlung läuft an zwei Tischen mit zwei verschiedenen Tarifkommissionen, die sich gemeinsam vorbereiten. In Sachen Entlastung regt sich bei Vivantes nichts; die Charité hat zumindest ein Angebot zu Tarifverhandlungen gemacht. Das umfasst aber nur ein Rahmentarifvertrag, während die Personalbemessung ohne Quote und ohne Belastungsausgleich über eine Dienstvereinbarung zu regeln wäre. Vor diesem Hintergrund haben die Tarifkommissionen entschieden, die Kolleg*innen zum Warnstreik aufzurufen.

Wie begründet Vivantes die Sichtweise, es gäbe gar kein Problem mit der Besetzung in der Pflege?

Es geht uns nicht nur um die Pflege, sondern auch um andere Berufsgruppen in der Radiologie, im Kreißsaal, in der Physiotherapie. Vivantes legt nichts anderes als Zahlenspiele vor, orientieren sich an Benchmarks, die in der Realität nicht nachvollziehbar sind. Die Erfahrung, die alle Kolleg*innen machen, ist eine Erfahrung der permanenten Unterbesetzung und Überlastung. Mich macht das total wütend. Bei der Charité wird wenigstens das Problem wahrgenommen.

Über 1000 Neueintritte in ver.di sprechen für sich, wie habt ihr das geschafft?

Wir organisieren Mehrheiten, hier in ver.di und unterstützt von Organizing. Unsere Mehrheitspetition war nur der Anfang, in der die Teams mehrheitlich erklärt haben, dass sie bereit für die Auseinandersetzung sind. Auch die Teamforderungen, die wir am 9. Juni in der Alten Försterei verabschiedet haben, wurden von der Mehrheit der Teams getragen. Das Gleiche gilt bei der Streikbereitschaft, wir rechnen mit einer heftigen Auseinandersetzung.

Und die Öffentlichkeit?

Wir haben jetzt fast zwei Jahre Pandemie, alle haben mitbekommen, wie die Zustände sind. Das Klatschen kam ganz vielen verlogen vor. Es wurde so deutlich, dass mit Gesundheit keine Profite gemacht werden dürfen. Seit Jahren wird geredet, jetzt nehmen wir es selbst in die Hand und die Unterstützung ist groß.

Am Montag starten Eure Warnstreiks, allerdings hat das Arbeitsgericht Berlin Freitagnachmittag den Streik der Töchter untersagt. Warum?

Die Vivantes Geschäftsführung ist gestern in letzter Sekunde gegen den Streik bei den Vivantes Töchtern rechtlich vor-

gegangen und hat ihn per einstweiliger Verfügung verbieten lassen. Vorgeschoben wird, dass keine Notdienstvereinbarung vorliegt – allerdings wurde ebendiese von Vivantes selbst verunmöglicht. Das Vorgehen von Vivantes und die Entscheidung des Gerichts sind ein Skandal – ver.di wurde von dem Richter nicht einmal angehört. Vivantes hat den Antrag kurzfristig eingereicht und auch gefordert, dass es wegen der Kurzfristigkeit keine Verhandlung dazu gibt. Und das, obwohl der Streikaufruf seit mehreren Tagen bekannt war. Das ist ein massiver Angriff auf unser Streikrecht. Das muss auch nochmal rechtlich geklärt werden. Politisch heißt es jetzt zusammenstehen. Wir werden ab Montag in der Pflege an Charité und Vivantes für unsere Kolleg*innen von den Vivantes Töchtern mit auf die Straße gehen. Wir sind eine Bewegung und lassen uns nicht spalten!

Deine Wünsche an die Arbeitgeber*innen?

Steckt genauso viel Energie, wie ihr in die Abwehr von Streiks und Anforderungen an Notdienstvereinbarungen reinsteckt, in die Tarifverhandlungen! Dann würden wir ganz schnell da ankommen, wo wir hinwollen.

*berliner-krankenhausbewegung.de/
Die Langfassung findet sich auf
www.betriebundgewerkschaft.de/*

Ulrike Eifler

Antikriegstag – warum er für abhängig Beschäftigte wichtig ist

Der 1. September ist der Antikriegstag. Das Datum geht zurück auf den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen. Es war der Beginn des Zweiten Weltkrieges, der in nur sechs Jahren mehr als 70 Millionen Menschenleben forderte. In der Nachkriegszeit wurde der Tag auch für die Arbeiterbewegung zu einem wichtigen Datum, um an die Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu erinnern. Aus gutem Grund, denn historisch haben Kriege die Lebenslage

der abhängig Beschäftigten stets dramatisch verschlechtert.

Erster Weltkrieg

Bereits im Ersten Weltkrieg fand eine gesellschaftliche Mobilmachung statt, die die wirtschaftliche Produktion in erster Linie an den Erfordernissen der Kriegsführung ausrichtete. Zugunsten der boomenden Rüstungsindustrie wurde die Produktion von Versorgungsgütern zurückgefahren. Die Versorgungslage der Bevölkerung verschlechterte sich. Zuerst wurden Brot, Fett, Fleisch und Milch knapp, später kamen Arzneimittel, Heizmaterial und Kleidung hinzu. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr stieg der Bedarf an Soldaten, aber auch an Arbeitskräften in den Rüstungsbetrieben. Im Dezember 1916 führt die Regierung die Arbeitspflicht für alle Männer im Alter zwischen 17 und 60 Jahren ein, die zuvor für kriegstauglich befunden worden waren. Wer in sogenannten kriegswichtigen Betrieben beschäftigt war, erhielt zudem keine Erlaubnis zum Arbeitsplatzwechsel. Um den Anforderungen der Rüstungsindustrie gerecht zu werden, wurde die tägliche

Arbeitszeit verlängert und der Maschinentakt erhöht. Als der Krieg nicht mehr nur über Steuererhöhungen und Kriegskredite finanziert werden konnte, warf die Reichsbank die Notenpresse an. Die Folge: Inflation und steigende Preisen reduzierten die Einkommen der Arbeiterhaushalte zusätzlich.

Zweiter Weltkrieg

Auch im Zweiten Weltkrieg war es den Lohnabhängigen nicht möglich, ihre Interessen durchzusetzen. Mit der Machtübernahme Hitlers wurde der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit kanalisiert, indem die großen Klassenorganisationen zerschlagen wurden. Dadurch geriet die Klasse der abhängig Beschäftigten in einen erzwungenen Zustand politischer Handlungsunfähigkeit – mit dramatischen Folgen für die Arbeitsbedingungen. So wurde das Tarifvertragssystem abgeschafft. Arbeitsbedingungen waren nicht länger Gegenstand eines Aushandlungsprozesses zwischen Kapital und Arbeit. Sie wurden vielmehr als Tarifordnung autoritär festgelegt und einseitig verkündet. Der in der Novemberrevolution erkämpfte Acht-Stunden-Tag

wurde mit Kriegsbeginn durch die Suspendierung der Arbeitsschutzgesetze außer Kraft gesetzt. Für die Kriegszeit wurde für Männer eine Arbeitszeit von bis zu zehn Stunden täglich zugelassen. Bis 1941 stieg die durchschnittliche Arbeitszeit in der Industrie auf 50 Stunden pro Woche. In Rüstungsbetrieben lag sie weit höher. Ein Recht auf Streik gab es faktisch ebensowenig wie die Koalitionsfreiheit.

Nachkriegszeit

Aus gutem Grund also wurden die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit zu einem tragenden Teil der Friedensbewegung. Sie lehnten die Wiederbewaffnung ab und mahnten am 1. September vor der wachsenden Kriegsgefahr. Dieser Prozess war nicht immer widerspruchsfrei, und trotzdem ist für den DGB und seine Gewerkschaften klar: Jeder Euro, der in Rüstungshaushalte und Kriegseinsätze gesteckt wird, fehlt für Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Absicherung. Eine konsequente Antikriegspolitik steht deshalb in der Tradition der Arbeiterbewegung. Sie muss auch der LINKEN Verpflichtung sein.

Ja, ich will

- ... regelmäßig die betrieb & gewerkschaft zugeschickt bekommen.

Ja, ich will mehr

- ... Informationen über die AG Betrieb & Gewerkschaft der Linken.

Nein!

- Ich will jetzt endlich mal Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Ja, ich möchte

- ... regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden und deshalb in der AG Betrieb & Gewerkschaft aktiv mitarbeiten

Name

Anschrift

E-Mail-Adresse

Gewerkschaft

Einsenden an DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Fortsetzung des Gesprächs von Seite 3

dern. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung trifft. Dieses Land braucht einen Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik, um Zukunftsinvestitionen gerecht zu finanzieren und gleichzeitig die Beschäftigten zu entlasten. Durchschnittsverdiener haben nach unserem Steuerkonzept 100 Euro netto im Monat mehr im Portemonnaie.

Unser Wahlprogramm zeigt deutlich: DIE LINKE steht für einen konsequenten Kurswechsel. Dieser wird sich aber weder vom Seitenrand noch aus der Meckerecke heraus umsetzen lassen. Soll die CDU raus aus der Regierung, muss DIE LINKE Farbe bekennen und sagen, ob und wie sie bereit ist, Verantwortung für eine bessere und gerechtere Gesellschaft zu übernehmen. Wie seht ihr das?

JW: Es muss Schluss sein mit der Politik der verlorenen Zeit. Wir wollen soziale Absicherung für alle durch den Ausbau des Sozialstaats. Wir wollen Menschenwürde in der Pflege, sichere Arbeit und bezahlbares Wohnen durch einen Mietstopp. Wir wollen den Kohleausstieg spätestens 2030 und eine Mobilitätswende mit bezahlbarem Fern- und kostenfreiem Nahverkehr. Das ist in einer Regierung mit



FOTO: MARTIN HEINLEIN/FLOKOR.COM

Union oder FDP sicher nicht zu machen. SPD und Grüne müssen sich entscheiden, ob sie es ernst meinen mit sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz. Wir treten ein für einen Politikwechsel. Hoffnung auf soziale Veränderungen braucht Menschen, die bereit sind, sich für eine bessere Zukunft zu engagieren. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen wie Fridays for

Future oder der Seebrücke. Vor und nach der Wahl. Gemeinsam können wir viel bewegen!

Vielen Dank für das Gespräch.



Das ausführliche Interview mit Janine und Dietmar findet ihr auf unserer Homepage

DIE LINKE.

& betrieb & gewerkschaft

wird herausgegeben vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Berliner Volksbank eG
IBAN: DE38100900005000600000

Telefon: (030) 24 00 93 59

E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Layout: Michael Pickardt

Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH

Erscheinungsweise: Drei Ausgaben im Jahr

Redaktion: Ulrike Eifler, Jan Richter, Jana Seppelt
Gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht der Redaktion wieder.